

Der Hunger nach Soja treibt China bis nach Patagonien

Umstrittener Land-Deal zwischen der argentinischen Provinz Rio Negro und einem chinesischen Agrarunternehmen

Im Oktober 2010 hat die patagonische Provinz Rio Negro einer chinesischen Firma erlaubt, 320 000 Hektaren Land für die Getreideproduktion zu nutzen. Kritiker befürchten langfristige Umwelt- und Wirtschaftsprobleme für die Region.

Larissa Tschudi

Chinas anhaltende Nachfrage nach Rohstoffen, vor allem auch nach Soja, kann innerhalb der Volksrepublik nicht mehr gedeckt werden. Um seine Versorgung zu sichern, sucht Peking daher vermehrt den Zugang zu Rohstoffen im Ausland. In diesem Zusammenhang beginnt sich China zunehmend auch für Lateinamerika zu interessieren. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist ein chinesisches Agrarunternehmen, das in der argentinischen Provinz Rio Negro, im Norden Patagoniens, Getreide produzieren will. Bei diesem Unternehmen handelt es sich um die staatseigene Beidahuang State Farms Business Trade Group mit Sitz in der chinesischen Provinz Heilongjiang. Laut eigenen Angaben produziert der Getreideriese in erster Linie Reis, Soja und Mais.

Zwischen Obst und Soja

Im Oktober 2010 reiste Gouverneur Miguel Saiz nach China und schloss mit der Beidahuang-Gruppe ein «Kooperationsabkommen für die Produktion von Getreide» in der Provinz Rio Negro. In dieser Vereinbarung steht, dass das chinesische Unternehmen während 20 Jahren in fünf Tälern des Rio Negro eine Fläche von bis zu 320 000 Hektaren Land landwirtschaftlich nutzen darf. Das entspricht der Fläche des Kantons Waadt in der Schweiz. Die Firma soll bestimmen können, was darauf für sie produziert werden soll. Die Agrarprodukte wollen die Chinesen abkaufen, zu «transparenten Preisen».

Die Beidahuang-Gruppe verpflichtet sich, eine Investition im Wert von 1,45 Milliarden Dollar zu leisten, unter anderem, um das bestehende Bewässerungssystem der Region zu erweitern und zu verbessern. Im Gegenzug verpflichtet sich die Provinz zum Ausbau des Atlantik-Hafens San Antonio Este,

zu Steuererleichterungen und zur Subventionierung der nötigen wissenschaftlichen Untersuchungen für das Agrarprojekt. Da das betreffende Land in privatem Besitz ist, will die Provinz zudem den Abschluss der nötigen Verträge mit den Besitzern «aktiv vermitteln».

Welche Vorteile soll diese Vereinbarung der Region bringen? Humberto Iglesias, der Untersekretär im Wirtschaftsministerium der Provinz Rio Negro, gibt die offizielle Version wieder: «Bei diesem Projekt handelt es sich um eine ausländische Direktinvestition für die Produktion von Rohstoffen.» Unter dem Strich gebe es in Rio Negro zwischen 200 000 und 300 000 Hektaren Land, das die Grundvoraussetzungen für den Landwirtschaftsbetrieb erfülle, bis jetzt aber brachliege und nicht genutzt werde. Denn es fehle an Geld für Investitionen wie Bewässerung, teilweise auch an Energie.

Eine grosse Investition in die Infrastruktur wäre laut Iglesias also die Lösung, um eine Produktion zu ermöglichen und dadurch zahlreiche lokale Arbeitsstellen zu schaffen. Es gehe nicht um Neokolonialismus. Es sei auch nicht die Idee, chinesische Arbeiter nach Patagonien zu bringen. Die gewünschten Produkte sollen von Argentinern produziert werden. Er fügt bei: «Und es ist im Abkommen nirgends explizit die Rede von Soja.» Es müsse erst untersucht werden, was sich ökonomisch am besten anzubauen lohne. Das könnten Mais, Weizen, Sonnenblumen oder Soja sein, am besten aber wohl eine Mischung. Denn es wolle niemand die Provinz Rio Negro, traditionell der Obstgarten Argentiniens, in eine Soja-Plantage verwandeln. Dennoch ist überall die Rede von Soja. So war beispielsweise an einer Pressekonferenz des Gouverneurs Saiz Ende September vom «chinesischen Investitionsprojekt zur Produktion von Soja» die Rede. Saiz wird mit den Worten zitiert: «Sich in die Welt der Sojaproduktion einzugliedern, bedeutet nachgerade die Schaffung eines neuen ertragreichen Wirtschaftsfaktors für die Provinz.»

Ein «chinesischer Handel»

Das Projekt stösst bei Exponenten aus dem Umwelt- und Wissenschaftsbereich auf heftige Kritik, vereinzelt auch bei Provinz-Parlamentariern. Denn das Ab-

kommen wurde von der Provinzregierung unterschrieben, ohne vorher das Parlament zu konsultieren. Obwohl gerade bei Fragen, die Steuererleichterungen oder den Hafenausbau betreffen, die Legislative eigentlich ihr Wort mitzureden hätte. Auf betreffende Vorstösse von Parlamentariern hat die Regierung bisher nicht geantwortet. Auch das Instituto Nacional de Tecnologia Agropecuaria (Inta), das nationale Institut für Landwirtschaftstechnologie, wurde vor vollendete Tatsachen gestellt und erst in einer Pro-facha-Runde zurate gezogen, als das Abkommen bereits unterzeichnet war. Die Regierung von Saiz hat in dieser Angelegenheit fast nicht öffentlich kommuniziert. Das Abkommen sei unklar formuliert und lasse viele Fragen offen, so die Kritik.

Für Misstrauen sorgt beispielsweise auch eine chinesische Firma Strong Energy SA, welche das Abkommen mitunterzeichnet hat. Sie ist im Gegensatz zur Beidahuang-Gruppe bereits in Argentinien registriert, scheint bis jetzt jedoch aus nicht viel mehr als einem Eintrag im Handelsregister zu bestehen. In einem lokalen Zeitungsartikel war der Kommentar zu lesen: «Dieses Abkommen ist nicht sauber. Es ist ein Abkommen zwischen einer Provinz und einem Investor, es unterschreibt aber nicht der Investor, sondern eine dritte Firma.» Auf Spanisch gebe es für intransparente Händler dieser Art einen Ausdruck: «un negocio chino» – ein chinesischer Handel.

«Wirtschaftlich betrachtet ist das für die Region als Ganzes kein interessanter Deal», sagt Oscar Lascano, Ökonom bei der Inta. «Sie wollen ein Hochdruck-Bewässerungssystem errichten. Solche Anlagen brauchen viel Energie. Wenn, wie das angeblich die Idee ist, die lokalen Produzenten für das chinesische Unternehmen produzieren, müssen sie selbst für die Energiekosten aufkommen. Zusätzlich müssen sie die Investitionskosten mittragen helfen. Das wird teuer für sie.» Auch stünden die nach China exportierten Rohstoffe nicht mehr für die nationale Entwicklung zur Verfügung. Zudem sei eine viel intensivere Nutzung von Wasser und Boden vorgesehen, inklusive der Bewässerung von etwa 100 000 Hektaren, die bis jetzt nicht bewässert würden. Langfristig sei eine solche überextensive Nutzung von Wasser und Boden nicht nachhaltig und

in landwirtschaftlicher Hinsicht schädlich für die Region.

Der Direktionsrat des regionalen Zentrums der nationalen Universität von Comahue hat aus diesen Gründen per Anfang Juni dieses Jahres eine Deklaration verfasst, in der er die Vereinbarung mit den Chinesen ablehnt. Als Hauptgrund wird die Verletzung eines Provinzgesetzes angeführt, welches verlangt, dass Projekte dieser Art auf ihre möglichen Auswirkungen auf die Umwelt untersucht werden.

Die Verfasser fordern, dass über dieses Abkommen ein breiter und öffentlicher Dialog geführt wird, unter Einbezug der nationalen Organismen von Wissenschaft und Technik. «Das Problem ist, dass die Provinzregierung zwar über ein Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung verfügt», sagt Osvaldo Alonso, Dekan des universitären Zentrums und Initiator dieser Deklaration, «jedoch keinen eigentlichen Plan für die Entwicklung der Region.» Was ihm vor allem Sorgen macht, ist die Konzentration von so viel Land in einer einzigen Hand.

Falls, wie befürchtet, Soja-Monokulturen errichtet werden, sind die negativen Konsequenzen absehbar. Die Monokultur verursacht laut dem Dekan eine Erosion des Bodens und den Verlust der lokalen Biodiversität. Seit Mitte der neunziger Jahre seien die Sojapflanzen zudem gentechnisch verändert und resistent gegen ein Düngemittel, das den Giftstoff Glyphosat enthalte. Dieser sei nicht nur schädlich für die Umwelt, die Erde und das Wasser, sondern gefährde auch die Gesundheit der Bevölkerung.

Keine Nutzungsvorschriften

Der Fall Rio Negro illustriert den viel breiteren Prozess der schleichenden Transformation Argentiniens zum reinen Rohstoffexporteur. Einige Argentinier befürchten deshalb einen zunehmenden Verlust der argentinischen Souveränität – sowohl der territorialen als auch der sogenannten Ernährungssouveränität. Wohl als eine Antwort auf dieses Unbehagen hat die Regierung von Christina Kirchner einen Gesetzesantrag lanciert, der den Erwerb von argentinischem Land durch Ausländer auf 20 Prozent begrenzen will. Eine solche Limitierung erscheint jedoch willkürlich und wird sich verfassungsrechtlich kaum rechtfertigen lassen.

Kritiker wie die grosse argentinische Tageszeitung «La Nación» argumentieren zudem, dass die Initiative am Ziel vorbeischiess. Das eigentliche Problem sei, dass heute in Argentinien jeder mit seinem Land machen könne, was er wolle. Da sei es irrelevant, ob er Argentinier sei oder Chinese. Der Ernährungssouveränität wäre besser gedient, wenn die Nutzung des Landes geregelt wäre, zur Garantierung einer nachhaltigen Bewirtschaftung. «Auch würde ein

solches Gesetz im Fall von Rio Negro nichts verändern», sagt Lascono. «Denn die Chinesen wollen das Land ja nicht kaufen.» Auch glaubt er nicht, dass die Landesregierung wirklich etwas gegen diese Art von Abkommen hat. «China ist ein attraktiver Partner. Die chinesischen Investitionen sind willkommen. Das grüne Licht für diese Art von Projekt kommt von zuoberst.»

Im Dezember muss Miguel Saiz seinen Sitz räumen. Sein Nachfolger Carlos Soria, der Mitte September zum neuen Gouverneur gewählt worden ist, hat sich nicht grundsätzlich gegen das Abkommen ausgesprochen. Er hat jedoch angekündigt, das Abkommen nochmals zu überprüfen. Deshalb ist das ganze Projekt laut Iglesias vorläufig auf Eis gelegt. «Die Bauarbeiten haben noch nicht begonnen. Es sind erst Untersuchungen im Gang.»